

P/XVIII/74

Bonn, den 18. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
	<u>Stillstand ?</u>	24
	Was aus der guten Atmosphäre in Paris wurde	
1	<u>Amtsmüde</u>	22
	Demissionswünsche von Staatssekretären	
2 - 3	<u>Wann Kennedy nach Deutschland kommt ...</u>	82
	Gedanken eines Abgeordneten zum Besuch des Präsidenten der USA	
	Von Wolfgang Schwabe, MdB	
4 - 5	<u>So sorgt Schweden für seine Jugend</u>	55
	Beispiel sozialdemokratischer Politik	
5	<u>Jungsozialisten am 1. Mai wieder in Berlin</u>	23
6	<u>Raphael Rein Abramovitch starb in New York</u>	48
	Im Gedenken an einen großen russischen Sozialdemokraten	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Stillstand ?

Was aus der guten Atmosphäre in Paris wurde

sp - Die kurz vor Ostern in Paris festgestellte Verbesserung der Atmosphäre in den Beziehungen zwischen Frankreich und den USA scheint tatsächlich nur "atmosphärisch" zu sein. Außer der Grundsatzzustimmung de Gaulles, Frankreich werde sich "unter Umständen" an einem gemeinsamen Generalstab für die Atomwaffenverteidigung der NATO beteiligen, ist nichts bekanntgeworden, was auf eine weitergehende Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den USA im Rahmen der von Kennedy immer noch angestrebten Partnerschaft Amerika-Europa schließen läßt. Auch in Bezug auf die französischen Pläne zur Weiterentwicklung der Europa-Politik ist nichts Neues aus Paris zu melden. Die französischen Überlegungen konzentrieren sich eindeutig und ausschließlich auf das Europa der Sechs, wobei französischerseits die im deutsch-französischen Sondervertrag vorgesehene Konsultation zwischen Paris und Bonn - aus Pariser Sicht - nach wie vor das Kernstück aller zukünftigen Entscheidungen im europäischen Rahmen bleiben soll. Versuche der Bundesregierung, mit Hilfe von Zusatz-erklärungen den deutsch-französischen Sondervertrag gegenüber den angelsächsischen Verbündeten und den kleineren Partnern in Europa zu "entschärfen", scheinen erfolglos geblieben zu sein. In Paris hat man zwar gegen eine vom Bundestag anzunehmende Präambel nichts einzuwenden, begnügt sich jedoch mit der lakonischen Feststellung, daß nur der direkte Vertragstext verbindlich sei. - Den Abgeordneten des Bundestages, und unter ihnen besonders den Mitgliedern des aussenpolitischen Ausschusses, obliegt es, die notwendige Klärung dieser Gegebenheiten herbeizuführen. Ob die CDU/CSU in ihrem augenblicklichen Zustand dazu fähig ist, bleibt zu bezweifeln.

+ + +

Amtsmüde

sp - Neben den dem Parlament verantwortlichen Ministern sind die Staatssekretäre wohl die wichtigsten Persönlichkeiten in den Ministerien. Bei ihnen laufen alle Fäden zusammen, sie bestimmen Geist und Arbeits-tempo, und manchmal, bei einem schwachen Minister, ist ihr Einfluß auf den Gang der Dinge größer als der ihrer Vorgesetzten. Amtsmüde gewordene, mit sich selbst und ihrem Minister unzufriedene Staatssekretäre wirken wie Sand im Getriebe; notwendige Entscheidungen bleiben aus, werden vor sich hergeschoben. Es muß nicht gerade ein Chaos ausbrechen, aber schon wenn die Dinge leerlaufen, ist es schlimm genug.

Zur Zeit gibt es drei Staatssekretäre, die, wenn auch aus verschiedenen Motiven, genug haben, denen der Kragen geplatzt ist. Viermal soll angeblich der vielumstrittene Globke vom Bundeskanzleramt um seinen Rücktritt gebeten haben; beim Bundeskanzler stieß er auf taube Ohren. Bei Müller-Armack, dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, liegen die Motive seiner Rücktrittsgesuche in seiner Verzweiflung über den Stillstand der Europapolitik. Doch Erhard will sich von ihm nicht trennen. So bleibt Müller-Armack wider Willen im Amt. Bei dem durch die Be-gleiterscheinungen der Spiegelaktion etwas lädierten Staatssekretär vom Verteidigungsministerium, Hopf, mögen es rein persönliche Gründe sein, er fühlt sich hintergangen und zu Unrecht angegriffen. Er will gehen, wer hindert ihn daran? - Nervenzentren in Verwaltung und Politik liegen lahm - ein wahrhaft trauriges Ergebnis des fünften Kabinetts Adenauer.

+ + +

Wenn Kennedy nach Deutschland kommt ...

Gedanken eines Abgeordneten zum Besuch des Präsidenten der USA

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Für den Frühsommer wird das amerikanische Staatsoberhaupt in der Bundesrepublik erwartet. Der hohe Gast widmet seiner Deutschlandreise kostbare Zeit. Das mögen alle bedenken, die das Besuchsprogramm vorbereiten. Es sollte würdig und feierlich, dabei frei von falschem Pomp und vermeidbarer Exklusivität sein. Vor allen Dingen aber soll es unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Zeit ein möglichst objektives Bild des h e u t i g e n Deutschland vermitteln.

Deshalb lohnt es sich, mehr als je zuvor, für diesen Staatsbesuch den rechten Weg zwischen Demonstration und Information gründlich zu überdenken. Die Gefahr liegt nahe, eine wirklichkeitsfremde Pracht zu entfalten. Wird man dieser Versuchung entgehen? Frunkvolle Empfänge und glanzvolle Paraden mögen - leider - unentbehrliche Attribute des internationalen Protokolls sein. Vom Alltag unseres Volkes nach zwei Weltkriegen geben sie ein schiefes Bild. Die junge Bundesrepublik leidet erfahrungsgemäß in der Weltöffentlichkeit noch unter vielen Vorurteilen. Wir dürfen sie nicht schüren, sondern müssen sie nüchtern, sachlich und unermüdlich ausräumen.

Unser Bekenntnis zur Verteidigung der westlichen Freiheit steht fest. Darüber hinausgehender militärischer Demonstrationsepomp ist geeignet, die Gewichte zu verschieben und überwundene Ressentiments wieder wachzurufen.

Ebensowenig darf die Chance dieses so außerordentlich wichtigen Besuches mit der Fassadenschau eines wirtschaftswunderlichen Scheinwohlstandes vertan werden.

Ganz bestimmt wird der hohe Gast vieles sehen können, was durch den Fleiß der deutschen Bevölkerung seit Kriegsende entstanden ist. Die großzügige Hilfe des amerikanischen Volkes beim Wiederaufbau Deutschlands kann gerade bei dieser Gelegenheit gar nicht nachdrücklicher genug gewürdigt werden. Im Zusammenhang damit wird auch erneut zu unterstreichen sein, daß sich die Bundesrepublik im moralisch-selbstverständlichen Wechselspiel von Nehmen und Geben nicht abseits stellt. Unser Beitrag zur Entwicklungshilfe muß deshalb überall da bejaht werden, wo es wirkliche Not zu bannen gilt.

Andererseits besteht aber auch kein Anlaß zu wirklichkeitsfremder Schönfärberei und schon gar nicht zu der leider so oft geübten Wirtschaftswunderprahlerei.

Schon auf dem Wege vom Flugplatz Wahn zur provisorischen Bundeshauptstadt Bonn wird der Gast geradezu repräsentative Teilstudien über den Zustand des deutschen Straßennetzes machen können, selbst wenn bis dahin etwa die zeitweise badewannentiefen Frosteinbrüche beseitigt sein sollten. Beim Passieren der Dörfer und Kleinstädte zwischen Wahn und Bonn empfiehlt sich der sachliche Hinweis, daß im Nachkriegsdeutschland noch viele kommunale Aufgaben liegen geblieben sind; nicht zuletzt des-

halb, weil der Bundeshaushalt hohe Milliardenbeträge auch für die wechselseitigen Verpflichtungen der westlichen Welt mit Vorrang beansprucht.

Dem schwerverwundeten Weltkriegssoldaten Kennedy wird es zum Beispiel gewiß auch beeindrucken, wenn er hört, daß bei uns die Versorgung der Kriegsverwundeten und der Kriegshinterbliebenen noch immer beschämend niedrig ist.

Sicherlich ist der Präsident auch noch keineswegs so lange der eigener Studienzeit entwachsen, um nicht mit Anteilnahme zu vermerken, wie der Lehrbetrieb an unseren Hochschulen in hoffnungsloser Enge erstickt; daß aber trotzdem alljährlich Zehntausende von Lernwilligen aus Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten zwangsläufig zurückgewiesen werden.

Auch das eigentliche Bonner Besuchsprogramm sollte sich einmal nicht ausschließlich auf die kurfürstlichen- und Besitzbürgerzeitadeln Schloß Brühl, Palais Schaumburg und Villa Hammerschmidt beschränken. Wie viel wirklichkeitsnaher ist doch das Bundeshaus! Mit allen Mängeln des zu engen Nachkriegsbaues ausgesprochen typisch nicht nur für das was erreicht wurde, sondern auch für das, was noch dringend fehlt.

Im Deutschen Bundestag bietet sich auch die höchste und damit die geeignetste Ebene für die würdige Begegnung der führenden Persönlichkeit der westlichen Welt mit den gewählten Vertretern des deutschen Volkes. Eine solche Unterstreichung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik erscheint dem In- und Ausland gegenüber nicht nur sinnvoll, sondern auch angebracht.

Ebenso wie die Parlamentarier sollten aber auch die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen der Zahl und der Zeit nach hinreichend Gelegenheit haben, den "Präsidenten zu treffen". Über Höferrichte, offizielle Verlautbarungen und Agenturmeldungen hinaus vermittelt die persönliche Begegnung alle die vielfältigen Eindrücke, die sich dann erfahrungsgemäß auch in einer lebendigen, schablonenfreien Berichterstattung widerspiegeln.

Allenthalben hat es große Genutung hervorgerufen, daß Präsident Kennedy auch die alte Reichshauptstadt Berlin besuchen wird. Die Berliner haben einen durch lange und harte Jahre geschärften Sinn für Realität. Sie wissen, was der Besuch von Präsident Kennedy bedeutet.

Sie kommen, wenn es gilt und sie finden den richtigen Ton. Man denke an die Maifeiern und Kundgebungen mit Ernst Reuter; man denke an ihre bewundernswerte Haltung nach jenem 17. Juni, nach jenem 13. August.

Aber auch in Westdeutschland soll man den Besuch von Präsident Kennedy nicht mit einem überlebten Pathos belasten. Der höchste Gast, der seit Jahrzehnten Deutschland besucht, wird insbesondere die deutsche Jugend begeistern. Sie sieht in ihm den Mann, der ohne falsche Phrasen und ohne theatralisierete Gesten am Schalthebel des Weltchicksals steht.

Deutschland wird John Kennedy nichts vormachen, sondern ihm vorbehaltlos, herzlich und freundschaftlich danken. Für alles, was er seither unbeirrt geleistet hat und für die Ehre, die er uns allen mit seinem Besuch erweist.

So sorgt Schweden für seine Jugend

Beispiel sozialdemokratischer Politik

sp - Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer, der zusammen mit seinem Stellvertreter Herbert Wehner Anfang April Gast des schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander war, hat in Stockholm erklärt, eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben für die SPD in der Bundesrepublik sei der Ausbau der sozialen Ordnung, wobei man von Schweden einiges lernen könne. Es ist in der Tat bemerkenswert, in welche soziale Ordnung in Schweden zum Beispiel der junge Mensch bis zum Abschluß seiner Berufsausbildung gestellt wird.

Vorbildliche Gesundheitsfürsorge

Für jedes Kind - also auch für das erste - erhält die Mutter jährlich 400 Kronen ausgezahlt. Das Geld geht auch an denjenigen, der anstelle der Mutter das Kind versorgt, wobei die Kinderbeihilfe steuerfrei ist. Sofort nach der Geburt setzt auch die Gesundheitsüberwachung, die grundsätzlich kostenlos ist, ein. Es gibt in Schweden für Kleinkinder besondere Kinderpflegezentralen, die gern aufgesucht werden. In der Schule wird dann die gesamte Gesundheit des Kindes - nicht nur die Zähne - kostenlos überwacht. Daneben gibt es die kostenlose Beratungsstellen für Erziehungsfragen, bei denen sich die Eltern Rat holen können.

Alle Impfungen sind in Schweden kostenlos, auch die gegen die Kinderlähmung. Daneben werden über die Schulärzte und Kreisärzte kostenlose Schutzmittel wie Vitamine, Eisen- und Kalkpräparate verteilt. Der Staat sorgt dann aufgrund seiner umfassenden Gesetzgebung auch für die der Gesundheit dienenden Ferienaufenthalte.

Kinder bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahr können kostenlos für die Dauer von vier Wochen bis drei Monaten im Jahr - die großen Ferien dauern in Schweden so lange - in ein Zeltlager, ein Kinderheim oder zu Verwandten reisen. Dabei zahlt der Staat die Reise und den Aufenthalt, es sei denn, das versteuerte Familieneinkommen übersteigt 5.700 Kronen jährlich. Freie Reise wird auch dem Begleiter der Kinder dann gewährt, wenn diese unter zehn Jahre alt sind.

Dichtes Netz von Kindergärten

Ganz Schweden ist von einem dichten Netz von Tagesheimen und Kindergärten durchzogen, wofür nur ein Anerkennungsbeitrag zu zahlen ist, aber volle Verpflegung kostenlos gewährt wird. Die Tagesheime stehen den nicht schulpflichtigen Kindern ganztägig zur Verfügung. Die Kindergärten sind für Kinder zwischen vier und sieben Jahre für einige Stunden am Tag gedacht. In einem Nachmittagsheim können sich die Kinder nach dem Schulschluss aufhalten, wobei sie schon in der Schule die kostenlose Mittagsmahlzeit und die Hilfe bei den Schularbeiten bekommen.

Für Jugendliche unter 18 Jahren stehen staatlich bezahlte Jugendpfleger bereit, die mit Rat und Tat helfen. Sie kümmern sich vor al-

lem dann um die Kinder, wenn sie unehelich sind oder ihre Eltern getrennt leben. Alle diese Hilfen werden aber in einer Atmosphäre gewährt, der niemals das Odium anhaftet, es handele sich um eine Arme-Lente-Betreuung.

Die Unterrichts- und Studienhilfe

Der Unterricht in sämtlichen Schulen Schwedens ist kostenlos und nur hin und wieder werden geringe Gebühren oder Kursgelder für Universitäten, Hochschulen, Handelsschulen oder Berufsschulen erhoben. In allen Schulen herrscht Lehrmittelfreiheit und überall gibt es die kostenlose warme Mahlzeit, die sogar in den Tageszeitungen angezeigt wird, damit es abends im Elternhaus nicht das gleiche Essen gibt.

Daneben gewährt der Staat Studienbeihilfen und zwar grundsätzlich für Kinder im Alter zwischen 16 und 18 Jahren in Höhe von 34 Kronen im Monat. 75 Kronen gibt es, wenn die Ausbildung an einem anderen Ort erfolgt und hier wird auch eine Reisebeihilfe gegeben. Die staatlichen Stipendien gibt es in Form von Studiendarlehen für Hochschulen und Universitäten. Für das Studienjahr werden 2.500 und im Ausnahmefall 3.500 Kronen gewährt.

Diese Beträge stehen auch dänischen, finnischen, isländischen und norwegischen Staatsbürgern sowie Flüchtlingen und anderen Ausländern - die allerdings nicht nur für die Ausbildungszeit nach Schweden kommen dürfen - zur Verfügung.

+ + +

Jungsozialisten am 1. Mai wieder in Berlin

H. S. - Wie im vergangenen Jahr, so werden auch 1963 wieder zahlreiche Jungsozialistengruppen aus dem Bundesgebiet am 1. Mai in Berlin sein, um mit der Bevölkerung dieser Stadt für Freiheit und Recht zu demonstrieren. Neben den etwa 400 Jungsozialisten, die aus allen Ländern des Bundesgebietes kommen, werden Gruppen junger Sozialdemokraten aus der Schweiz und aus Dänemark in die deutsche Hauptstadt reisen. Von den Berliner Jungsozialisten wurde für den Aufenthalt der auswärtigen Gäste ein Programm erarbeitet, das eine gewissenhafte Information über die Situation im geteilten Deutschland mit der besonderen Lage Berlins geben soll. Weiterhin will man ein Bild vom Lebenswillen dieser Stadt vermitteln und die Begegnungen der Freunde untereinander ermöglichen. Die "Woche um den 1. Mai" wird am 28. April mit einem Ball für die junge Generation unter dem Motto: "Vom Walzer bis zum Madison" eröffnet. Ein kabarettistisches Beiprogramm wird diesen Abend, der seinen Sinn in der Kontaktaufnahme untereinander haben wird, umrahmen. In den folgenden Tagen werden politische Referate, Stadtrundfahrten, eine Fahrt entlang der Mauer, Betriebsbesichtigungen und Gespräche mit Senatoren und Bezirksbürgermeistern, die wichtigsten Veranstaltungen sein. Am 1. Mai wird der SPD-Landesverband Berlin vom Platz der Luftbrücke aus seinen eigenen Demonstrationenzug zur Maikundgebung, unter Beteiligung aller Gäste und Gruppen, zum Platz der Republik durchführen. Besuche der abendlichen Maifeiern in den verschiedenen Berliner Stadtteilen, sind neben Theaterbesuchen weiterhin im Programm vorgesehen.

+ + +

Raphael Rein Abramovitch starb in New York

Im Gedenken an einen großen russischen Sozialdemokraten

sp - Mit Raphael Rein Abramovitch ist am Karfreitag in New York die letzte prominente Persönlichkeit aus der Führung der Sozialdemokratischen Partei Russlands gestorben. Der bewegte Lebenslauf des 82-jährigen ist ein Modellfall für die Geschichte jener bemerkenswerten Gruppe russischer Männer und Frauen, die sich weigerten, ihre Ideale preiszugeben, und die mit erschreckender Klarheit das Schicksal jener voraussahen, die entweder nach Macht oder nach Überleben um jeden Preis strebten. Zeit seines Lebens war Rein Abramovitch auf das engste mit den deutschen Sozialdemokraten verbunden, unter denen er viele persönliche Freunde hatte.

Schon als 21-jähriger Student mußte der 1880 in Dwinsk geborene Abramovitch das Polytechnische Institut in Riga wegen revolutionärer Betätigung verlassen. Von da an verschrieb er sich ganz dem Kampf für seine humanistischen und sozialistischen Ideale. Er wurde in das Zentralkomitee der jüdischen Arbeiterpartei "Bund" gewählt und repräsentierte den "Bund" in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Der "Bund" war Gegner der bolschewistischen Fraktion Lenins. Abramovitch wurde bald einer der Führer der Menschewiki-Gruppe.

Bei Ausbruch der russischen Revolution im Februar 1917 wurde er in den Petersburger Sowjet gewählt. Er kämpfte gegen die Machtergreifung der Bolschewiken, die ihn 1918 wegen seines immer größeren Einflusses auf die Arbeiter von Petersburg und Moskau unter faßenscheinigen Beschuldigungen verhafteten. Er stand bereits auf der Erschießungsliste, seine Frau hatte ihm schon den Abschiedsbesuch gemacht - als ihn die Fürbitte eines Freundes und die Intervention liberaler Elemente im Zentralkomitee der bolschewistischen Partei retteten. Nach dreijähriger Haftzeit durfte Abramovitch als Delegierter der Menschewiken ins Ausland reisen, wurde Mitbegründer der Wiener Internationale und führende Kraft bei dem Versuch, eine Einheitsfront zu schaffen, die sämtliche Arbeiter- und sozialistischen Parteien Europas umschließen sollte. Als diese Bemühungen an dem Felsen der bolschewistischen Unzugänglichkeit zerschellten, bildete man im Mai 1923 "die Sozialistische Arbeiter-Internationale" ohne die Kommunisten.

Auf Russland richtete Abramovitch weiter sein Hauptaugenmerk. 1924 gründete er die Zeitschrift "Sozialistischer Kurier", das bestinformierte Journal für Sowjetfragen, das überhaupt erschien. Dann wurde er in die Führung der russischen Exilsozialisten gewählt. Vor Hitler mußte er 1933 aus Berlin fliehen, 1940 entkam er in Frankreich den Nationalsozialisten nur mit knapper Not. Seinen einzigen Sohn, Mark Rein, erschlugen Agenten der sowjetischen GPU im spanischen Bürgerkrieg.

Auch seit er 1940 den Boden der USA betrat, hat sich Raphael Abramovitch für die Sache der Arbeiterschaft, für die Flüchtlingshilfe, für Frieden und Freiheit eingesetzt. Sein intellektuelles Vermächtnis bleibt das im achten Jahrzehnt seines Lebens verfaßte Werk über die sowjetische Revolution, das eine Fülle kaum bekannter historischer Details bietet. Es erscheint demnächst in deutscher Sprache.